

Umsetzung geht nur Schritt für Schritt

INKLUSION Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe- und Initiativgruppen organisiert Diskussionsrunde

Das Podium im Sitzungssaal des Rathauses war prominent besetzt. Im Publikum saßen nur wenige Lehrer.

VON WOLFGANG LOEST

GANDERKESEE – Dafür ist jeder, aber wie die Vorgabe der UN-Behindertenrechtskonvention in die Realität umgesetzt werden kann, ist noch mit vielen Fragezeichen versehen. Sicher scheint lediglich, dass der Umsetzungsprozess nur schrittweise vollzogen werden kann: Es geht um das Thema Inklusion. Darüber diskutierten auf Einladung der A.S.G. am Dienstagabend im Rathaus die Landtagsabgeordneten Ansgar Focke, Axel Brammer, Christian Dürr, Kreszentia Flauger und Michael Grashorn in Vertretung von Ina Korter sowie der Landesbehindertenbeauftragte Karl Finke und Regierungsschuldirektor Klaus Kapell. Moderiert wurde das Gespräch von Erwin Drefs von der Lebenshilfe Delmenhorst.

Der Integrationsgedanke habe sich inzwischen durchgesetzt. „In den letzten Jahren sind bei uns die integrativen Kita-Gruppen wie Pilze aus dem Boden geschossen“, resümierte Erster Gemeinderat Rainer Lange bei der Begrüßung. Mit dem Begriff Inklusion könnten die meisten Menschen aber nur wenig anfangen. Eines sei aber klar: Die Einführung werde nicht ohne zusätzliche finanzielle Mittel abgehen.

Während es beim integrati-



Die A.S.G.-Vorsitzende Doris Josquin (vorn) begrüßte Kreszentia Flauger, Karl Finke, Axel Brammer, Rainer Lange, Erwin Drefs, Klaus Kapell, Michael Grashorn, Ansgar Focke und Christian Dürr (von links) im Rathaus. BILD: L. LOEST

ven Bildungsansatz darum geht, Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Schulunterricht einzugliedern, geht das Konzept der Inklusion davon aus, dass jede Schule in der Lage ist, die Bildungs- und Erziehungsbedürfnisse aller Schüler zu befriedigen.

Regierungsschuldirektor Klaus Kapell betonte, es sei für Eltern sehr schwierig, den Förderbedarf ihres Kindes zu erkennen und zu akzeptieren. Deshalb sei es wichtig, in gemeinsamen Gesprächen nach der richtigen individuellen Lösung zu suchen.

Der Landesbehindertenbeauftragte Klaus Finke sagte, es

sei „ein deutliches Signal für gesellschaftliche Veränderungen“ notwendig. Niedersachsen sollte einen Aktionsplan für die verbindliche Umsetzung der Inklusion verabschieden.

„Jeder Mensch mit Behinderung hat das Recht, aber nicht die Pflicht, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen“, konstatierte Ansgar Focke (CDU). Die fachliche Kompetenz der Förderschulen müsse deshalb gesichert werden.

Christian Dürr (FDP) verwies darauf, dass soziale Kompetenzen nicht allein über die Schule vermittelt werden. Die fachliche Förderung von Kin-

dern mit Handicaps dürfe deshalb nur so weit gehen, „dass sie das gemeinsame soziale Umfeld nicht stört.“

Bei der Umsetzung der UN-Konventionen seien bereits mehr als zwei Jahre verschlafen worden, bemängelte Axel Brammer (SPD). Die Separierung der Kinder in Förderschulen müsse gestoppt werden. Dies sei ein langer Weg, der in den Kindertagesstätten beginnen sollte.

Michael Grashorn (Grüne) rief dazu auf, die Ressourcen zu bündeln. Inklusion sei kein „Billig-Modell“, sondern ein gesellschaftlicher Prozess.

„Gemeinsames Lernen wäre auch für diejenigen Kinder

besser, die keine Behinderung haben“, unterstrich Kreszentia Flauger (Linke). Der Weg mit Sonderschulen sei auf die Dauer falsch. Allerdings sei der Verzicht nicht von heute auf morgen möglich.

Daran knüpfte Ansgar Focke an. Nach Berechnungen des Kultusministeriums seien zwischen 660 und 870 Lehrer zusätzlich notwendig, um die Inklusion in den niedersächsischen Schulen einzuführen.

„Diese Pädagogen müssen erst einmal ausgebildet werden.“ Außerdem müssten auch die Eltern der Kinder, die keine Behinderung haben, auf den Weg der Inklusion mitgenommen werden.